

II-1160 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 60513

1980-06-10

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. NEISSER
und Genossen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Aufklärung der Vorfälle im "Verein zur Förderung
des Institutes für Krebsforschung"

Die Vorfälle im "Verein zur Förderung des Institutes für Krebsforschung" sind seit langem Gegenstand kritischer Presseberichte. Verfolgt man den Verlauf dieser bereits mehr als ein Jahr dauernden Diskussion, gewinnt man den Eindruck, daß alles das, was als Verdachtsmomente in den verschiedenen Meldungen erscheint, einen hohen Grad an Wahrscheinlichkeit besitzt. Zu dieser Auffassung kommt man vor allem deshalb, weil trotz behaupteter schwerwiegender Säumnigkeiten einzelner Ressortminister von diesen bis jetzt in der Öffentlichkeit keine Klarstellung erfolgte, insbesondere auch keine Dementis. Die Unregelmäßigkeiten, die in diesem Zusammenhang behauptet werden, sind keineswegs Bagatellfälle, sondern reichen offensichtlich in bedenkliche Nähe von strafrechtlich zu ahndenden Verhaltensweisen. Es ist daher höchste Zeit, daß nunmehr von sich aus die betreffenden Ressortminister für die erforderliche Klarstellung sorgen und notwendige Untersuchungen und Erhebungen so rasch als möglich durchgeführt und beendet werden.

Schon in der Anfrage Nr. 217/J (II-367 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen, XV.GP) wurde der Bundesminister für Justiz hinsichtlich etwaiger strafgerichtlich zu ergreifender Maßnahmen befragt. In der Anfragebeantwortung (II-496 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, XV.GP) teilte er mit, daß die Staatsanwaltschaft Wien beim Untersuchungsrichter des Landesgerichtes für Strafsachen Wien die Durchführung von Vorverhebungen durch die Bundespolizeidirektion Wien-Wirtschaftspolizei beantragt hat, um zu klären, ob gegen Dr. Peter Stern und Prof. Heinrich Wrba ein Strafverfahren wegen Verdachtes der Untreue nach § 153 StGB einzuleiten sei; darüber liege ein abschließendes Ergebnis jedoch nicht vor.

Seit dem Zeitpunkt dieser Beantwortung (18. Dezember 1979) sind durch eine Reihe von Pressemeldungen schwerwiegende Behauptungen hervorgekommen, die die Praktiken des "Vereins zur Förderung des Institutes für Krebsforschung" überaus kritisch beleuchten. So sind in der Ausgabe der Zeitung "Extrablatt" vom Mai 1980, Nummer 5, ziemlich detailliert zwei Verlassenschaftsfälle (nämlich HOLAUBEK und BABINEK) genannt, in denen mehreres aufklärungsbedürftig erscheint. Im Mittelpunkt dieser Vorwürfe steht vor allem die Person des Rechtsanwaltes Dr. Peter Stern, der - so behauptet die genannte Zeitung - nach wie vor die dem Verein zugefallenen Verlassenschaften betraut, sich angemessene Honorare genehmigt und seine Arbeitsleistung aus der von ihm verwalteten Vereinskasse bezahle. Überaus gravierend erscheinen den unterzeichneten Abgeordneten aber auch jene Umstände, die nach Meldung der genannten Zeitung zur Ausstellung eines nervenfachärztlichen Gutachtens über die geschiedene Frau von Rechtsanwalt Dr. Peter Stern führten.

Gerade diese Vorfälle müßten zweifellos Anlaß sein, daß auch die Rechtsanwaltskammer mit ihren standesrechtlichen Möglichkeiten die Stichhaltigkeit derartiger Beschuldigungen untersucht.

Es erscheint den unterzeichneten Abgeordneten merkwürdig, daß - sieht man von der lapidaren Antwort auf die oben zitierte Anfrage ab - bisher seitens des Bundesministers für Justiz nichts unternommen wurde, um mit Nachdruck auf die Aufklärung dieser gesamten Angelegenheit hinzuwirken.

Die unterzeichneten Abgeordneten sehen es als ihre Pflicht an, durch Ausübung ihres Interpellationsrechtes einen Beitrag zur Klärung jener Angelegenheit zu leisten, in der immerhin ein renommierter Rechtsanwalt und ein Universitätsprofessor und Institutsleiter in einem nicht unerheblichen Verdacht stehen und die Gefahr gegeben ist, daß die Krebsforschung überhaupt in ein schiefes Licht gerät.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Justiz folgende

A n f r a g e :

- 1) Wurde der Staatsanwaltschaft Wien ein abschließendes Ergebnis über die Vorerhebung der Bundespolizeidirektion Wien- Wirtschaftspolizei übermittelt?
- 2) Was hat die Staatsanwaltschaft Wien auf Grund dieses abschließenden Berichtes beantragt?
- 3) Welche Anhaltspunkte für den Verdacht der Untreue nach § 153 StGB gegen Dr. Peter Stern und Prof. Heinrich Wrba haben die Vorerhebungen erbracht?
- 4) Werden die Verfahren gegen die beiden genannten Personen in einem geführt oder gibt es mehrere Verfahren?

- 5) *Inwieweit wird in den laufenden Verfahren auch die Rechtmäßigkeit der Weiterleitung der Erlöse aus der Erbschaft nach Emilie Holaubek an den "Verein zur Förderung des Institutes für Krebsforschung" geprüft?*
- 6) *Welche Schritte wurden seitens der Rechtsanwaltskammer gegen Dr. Peter Stern unternommen?*
- 7) *Ist Ihnen der Stand eines allfälligen Disziplinarverfahrens gegen den Genannten bekannt?*
- 8) *Bis wann wird dieses Verfahren voraussichtlich abgeschlossen sein?*